sächsische Regierung kämen, sondern weil die sozialdemokratische Koalitionspolitik den Faschismus legalisiert und selbst die Rolle des Faschismus im Kampf gegen die Revolution übernimmt. Die Rolle der Koalitionsregierung im Reich wie in Sachsen und wie anderswo ist eben die Faschisierung der Staatsgewalt unter Führung der sozialfaschistischen Führer im Kampf gegen das Proletariat.

Der Koalitionsbeschluß der sächsischen Instanzen hat den dankenswerten Vorteil, daß er den Arbeitern die Augen öffnet und die linken Phrasen demaskiert. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben jetzt Gelegenheit, ihre Führer zu sehen, wie sie sind und nicht, wie sie scheinen.

Massenaustritt aus der Partei des Sozialfaschismus, des Arbeiterverrats und der Koalitionsbereitschaft muß jetzt die Antwort sein. Sozialdemokratische Funktionäre, die auch jetzt noch in den Betrieben, in den Massenorganisationen die revolutionäre Front beschimpfen und bekämpfen, tun es im Interesse der Großen Koalition und des offenen Bündnisses mit den kapitalistischen Geldsäcken.

Wer reformistische statt rote Betriebsräte wählt, wählt die Große Koalition. Wer den Ausschlußterror in den Verbänden unterstützt, unterstützt die Große Koalition, wer die langfristigen Hungertarife verteidigt, statt den Kampf der revolutionären Opposition um höheren Lohn und Arbeit zu organisieren, hilft der Großen Koalition. Wer im Kampf um die Straße, um das Demonstrationsrecht der Arbeiter, gegen Belagerungszustand und Polizeiterror nicht mitmacht, stärkt, gewollt oder ungewollt, die Faschisierung Sachsens.

Masken herunter von den „linken" sozialfaschistischen Betrügern! Das ist jetzt die Aufgabe aller klassenbewußten Arbeiter. Massenkundgebungen in den Betrieben, auf den Stempelstellen, auf den Straßen gegen den sozialdemokratischen Volksbetrug ist das Gebot der Stunde. Massenaufmarsch am 6. März, zum Weltkampftag gegen Erwerbslosigkeit, Massenaufmarsch am 13. März, zum Hungermarsch nach Dresden, darin muß sich die Manifestation des sächsischen Proletariats gegen den Sozialfaschismus widerspiegeln.

Der Koalitionsbereitschaft der sächsischen SPD setzen wir entgegen den Kampf um die Auflösung des Sächsischen Landtages, um die außerparlamentarische Mobilisation des sächsischen Proletariats um Brot und Arbeit, um ein Sowjetsachsen, ein Sowjetdeutschland, setzen wir entgegen unseren Ruf an die sächsische Arbeiterschaft: Hinein in die Kommunistische Partei! Es lebe der revolutionäre Kampf unter ihrer Führung!

Dr. Deutsch helfet die Dresdner Arbeiter

Sozialfaschisten suchen ihre Schuld an dem Heimwehrsieg abzuleugnen

Während die kommunistischen und die revolutionären parteilosen Arbeiter Dresdens den faschistischen Arbeitermördern in den Straßen Dresdens entgegentraten, hatte Herr Hörsing die Reichsbannerarbeiter in den Ausstellungspalast beordert, um dort dort in hohlen Deklamationen „gegen den Faschismus" die faktische Zusammenarbeit der National- und Sozialfaschisten zu verschleiern. Ausgerechnet den „linken" Dr. Julius Deutsch, diesen abgefeimten Betrüger der österreichischen Arbeiter, hatten sich die Dresdner Reichsbannerleute verschrieben, um möglichst wirkungsvoll den faschistischen Charakter der SPD zu verschleiern. Frech erklärt Julius Deutsch:

„Das Beispiel Oesterreichs zeigt aber auch, wie man schließlich den Faschismus überwältigen kann."

Dabei weiß jedes Kind, daß während Blut-Schader die Wiener Arbeiter niederhielt, der Heimwehr-Faschismus in schnellstem Tempo vorwärtsmarschierte und heute die österreichische Verfassung, an der die Sozialdemokratie hervorragend mitgewirkt hat, ein rein faschistisches Programm ist. Selbstverständlich haben die „linken" Arbeiterverräter einige demokratische Floskeln angebracht in dem Zweck, die Arbeiter über den faschistischen Charakter des Bündnisses zwischen den Austromarxisten und den Heimwehrlern zu täuschen. Die Dresdner Arbeiter werden sich natürlich nicht von den Rezepten Dr. Deutsch' „zur Ueberwindung des Faschismus" leiten lassen. Schon in unserem Bericht über den südlichen Faschistenaufmarsch am Sonntag konnten wir darüber berichten, daß die Reichsbannerarbeiter empört waren über die faktische Unterstützung der faschistischen Arbeitermörder, wie sie auch Dr. Deutsch in der Ausstellungsverwaltung mit feinen Redewendungen propagierte. Wie groß der Einfluß der Faschisten in Oesterreich ist, ergibt sich allein aus der Reise Blut-Schaders zu Mussolini. Das Bündnis des faschistischen Italien mit dem faschistischen Oesterreich kraft Dr. Deutsch Segen, wenn er erklärt, der Verfassungskampf sei ausgegangen „wie das Hornberger Schießen. Der Angriff der Faschisten in Oesterreich ist gescheitert". Das Gegenteil ist Tatsache. Der Heimwehr-Faschismus triumphiert in Oesterreich dank der Unterstützung der „linken" Sozialfaschisten. Das wissen die Arbeiter, und deshalb kehren sie diesen Leuten den Rücken und treten der KPD bei, der einzigen Partei, die wirklich ernsthaft gegen den Faschismus kämpft.

Die Polizeischmiere entdeckt neue „Gewaltaktionen" der KPD

Der „Sozialdemokratische Pressedienst" verbreitet in der SPD-Presse einen Artikel, in dem die freche Lüge verbreitet wird, das „Karl-Liebknecht-Haus" in Berlin beherberge „einen großen Weinkeller, wie ihn mancher Großkapitalist nicht sein eigen nennt und wegen seiner Größe niemals sein eigen nennen dürfte". Dann heißt es weiter:

„Bett, Rot- und Weißwein, ja alles, was die Kehle der Thälmannstrabanten vor oder während der Weltrevolution an Flüssigkeiten begehren könnte, ist in diesem unterirdischen Weinkeller in enthobenen Mengen enthalten. Da labt man sich nun, oft bei Tage, oft bei Nacht, an dem Saft edler und edelster Reben, während draußen im Lande, fern von den Gelagen sogenannter kommunistischer Führer, zu Hungermärschen aufgerufen wird."

Also das ist von A bis Z erlogen. Das erbärmliche Lügenkonzert der SPD-Presse soll offenbar die Blicke der Arbeiterschaft von den Sektorgien der SPD-Führer ablenken, die von einem großkapitalistischen Ball zum anderen laufen und die das werktätige Volk bis auf das letzte ausplündern, ihm sogar den Kaffee und Tee so verteuern, daß vielen Tausenden selbst dieses bescheidene Genußmittel unerschwinglich wird.

Es ist notwendig, hin und wieder die sozialfaschistischen Schmutzereien niedriger zu hängen, um den Arbeitern die niedrige Kampfesweise der Sozialfaschisten zu zeigen.

Neue Gefahr droht den Mietern

Abbau der Mieterschutzgesetzgebung / Nur die Kommunisten kämpfen für die Rechte der Mieter

Berlin, 24. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Auf der Tagesordnung der Montagsitzung des Reichstages steht die erste Beratung der Gesetzentwürfe durch die die Geltungsdauer des Mieterschutzes und des Reichsmietengesetz bis zum 30. Juni 1932 verlängert werden sollen. Aber gleichzeitig in Verbindung mit diesen Anträgen stehen die Anträge der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei auf die vollkommene Aufhebung des Mieterschutzes und den ungehinderten Mietwucher. Die Kommunisten haben dagegen einen Antrag auf Verbreiterung des Mieterschutzes eingebracht. Ein sozialdemokratischer Antrag liegt zur Beratung nicht vor.

Die Debatte beginnt mit kurzen Ausführungen des Reichsarbeitsministers Wissell, der endgültig eingesteht, daß die Wohnungsnot in Deutschland keineswegs herabgemildert ist, aber auch gleichzeitig die Mitteilung macht, daß in diesem Jahre der Wohnungsbau erheblich zurückgehen wird. Aus diesem Grunde empfiehlt Wissell, allerdings ohne sich von den Anträgen der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei abzugrenzen, die Ueberweisung dieser Anträge an den Ausschuß.

Der Sozialdemokrat Lipinski begnügt sich mit dem Vorschlag, die Verlängerung der Mieterschutzgesetze ohne Ausschußberatungen zu erledigen. Würde seinem Vorschlag nicht nachgekommen, so behalte er sich vor, im Ausschuß auch Abänderungsanträge zu stellen. (Heiterkeit und Zurufe b. d. Komm.) Für die Kommunistische Partei spricht

Genosse Schumann.

Der Angriff auf den Mieterschutz erfolgt nicht allein von den Hausbesitzern, sondern auch in der Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie, fordern sämtliche Spitzenorganisationen des Großkapitals von der Regierung die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. (Kommunist. Zurufe „Auch diesen Ruf wird Wissell hören!") Erst vor wenigen Tagen hat ja der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer mit dem Einverständnis des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun eine neue Lockerungsbestimmung erlassen, wonach vom 1. April ab in allen Gemeinden unter 15 000 Einwohnern das Wohnungsmangelgesetz außer Kraft tritt. Von dieser Lockerungsbestimmung werden fast alle Arbeiter und proletarischen Wohnungsuchenden in den kleineren Industriezentren auf das schwerste betroffen.

Der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer war es auch, der den Mitgliedern des Wohnungsausschusses erklärte, daß die

Altbaumieten an die Neubaumieten angeglichen

werden müssen (Stürmisches: Hört, hört! b. d. Komm.), zugleich aber werden die Neubaumieten von den städtischen Körperschaften obendrein noch erhöht.

Die Wohnungsnot ist heute nicht mehr eine Frage des Baumarktes, sondern vor allen Dingen auch eine Frage der Mietpreise. Es ist eine Tatsache, daß viele Neubauwohnungen sehr schwer vermietet werden. Aber woran liegt das? Die Mietpreise sind so unerhört hoch, daß Arbeiter sie nicht bezahlen können. Auch das ist ein Beweis für unsere Forderung, den Wohnungsbau zu kommunalisieren, den Wucher mit dem Baumaterial zu bekämpfen. Diese Forderungen sind jedoch im Ausschuß in gemeinsamer Einheitsfront von Lipinski bis zu den offenen Mietwucherern abgelehnt worden. (Stürmisches: Hört, hört! b. d. Komm.) Nach genauen Untersuchungen beträgt die Miete in den Neubauwohnungen 33 Prozent des Einkommens der Einwohner, also nicht nur 33 Prozent von dem Durchschnittseinkommen eines Arbeiters, sondern von dem Durchschnitt der Einkommen aller Einwohner, auch der Beamten und Angestellten. (Hört, hört! b. d. Komm.) Nur ein geringer Prozentsatz Arbeiter kann daher, wenigstens für einige Zeit, in Neubauwohnungen unterkommen.

Durch den Mietwucher werden aber auch die gewerblichen Mieter, insbesondere die kleinen Händler, getroffen. Auf der Tagung des Reichsverbandes der Mieter gewerblicher Räume in Chemnitz wurden erschütternde Dinge mitgeteilt. Menschen, die ihr Leben lang in einem kleinen Laden gearbeitet haben, sind durch die Aufhebung des Mieterschutzes für Ladenräume durch die preußische Regierung um den vollen Ertrag ihrer Lebensarbeit gebracht worden.

Wie viele kleine Geschäftsleute mußten zum Strick oder zum Gashahn greifen,

wie viele wanderten in die Irrenanstalt? Für kleine Ladengeschäfte, die im Frieden 2000 Mark kosteten, sind in einzelnen Fällen jetzt 8000 Mark Miete gefordert worden.

Bereits kündigt die preußische Regierung weitere Mieterhöhungen an. Die Hausbesitzer sehen, daß ihre Wünsche erfüllt werden. Darum werden diese Nutznießer des Wohnungselendes in ihren Forderungen immer schamloser, ihnen kann der Abbau jeglichen Mieterschutzes nicht schnell genug gehen. In dieser ernsten Situation sagen wir allen Wohnungsuchenden: „Die Frage des Kampfes um den Mieterschutz, des Kampfes um Heim und Wohnung der arbeitenden Klasse, ist nur ein Teil des Kampfes um die Existenz der arbeitenden Bevölkerung. Darum müssen sich alle Mieter, alle Arbeiter, unteren Beamten und Angestellten, auch die kleinen Gewerbetreibenden in der gemeinsamen Kampffront der arbeitenden Klasse gegen die Ausbeuter und die Ausbeuterregierung zusammenfinden. Aber wir sagen auch gleichzeitig, daß nur durch den Sturz dieser Gesellschaftsordnung, durch die Uebernahme der Macht durch die Arbeiterklasse die Wohnungswucherer und Ausbeuter endgültig besiegt werden können." (Beifall und Händeklatschen b. d. Komm.)

Fortsetzung der Debatte Dienstagnachmittag 15 Uhr.

97 Prozent Zigarettenpackerinnen werden entlassen!

Bei der Firma Eckstein ist eine neue Packmaschine von der Maschinenfabrik Universelle aufgestellt worden. Diese Maschine leistet dieselbe Arbeit wie 30 Packerinnen. Das bedeutet, daß in allernächster Zeit 97 Prozent aller Packerinnen in der Zigarettenindustrie entlassen werden, wenn nicht

rechtzeitig abgewehrt

wird. Die Sozialfaschisten unterstützen die Rationalisierung und somit die Massenentlassungen. Nur die roten Betriebsräte, die revolutionären Vertrauensmänner und die Arbeiterinnendelegierten

kämpfen gegen die mörderische Rationalisierung!

Die Zigarettenpackerinnen müssen deshalb jetzt, ehe es zu spät ist, den Kampf gegen diese Massenentlassungen organisieren und zur Führung des Kampfes

nur rote Betriebsräte wählen!

Der Bankrott des Versöhnlertums

Erklärung des Gen. Ewert

Beim Sekretariat des Zentralkomitees ging das nachfolgende Schreiben ein:

„Werte Genossen!

Die sich immer mehr zuspitzende politische Lage in Deutschland, die sich immer fester schließende Einheitsfront aller Kräfte der Reaktion einschließlich der SPD gegen die Kommunistische Partei und die wachsende Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion erfordern eine klare Stellungnahme zur Politik der KJ und der KPD von jedem Mitglied der Partei. Da ich bis zum Weddinger Parteitag in einer Reihe von Fragen eine von wichtigen Beschlüssen der KJ und der KPD abweichende Meinung vertreten habe, möchte ich heute folgendes erklären:

Ich erkenne die von mir bis zum Weddinger Parteitag mündlich und schriftlich vertretenen und von der Partei abgelehnten und bekämpften Auffassungen als falsch an. Die von mir vertretene Einschätzung der Lage hat sich als unrichtig erwiesen. Unter anderem hat die Krise in USA, wie auch die Zuspitzung der Lage vor allem in Deutschland die Richtigkeit der Einschätzung der Situation durch die KJ und die KPD erhärtet. Dasselbe gilt ebenfalls für die taktischen Fragen, in denen ich im Gegensatz zu den Beschlüssen der Partei stand (Gewerkschaftsfrage, Betriebsrätewahlen, Sozialfaschismus).

Ich verpflichte mich, in allen Fragen die Beschlüsse der Partei aktiv durchzuführen und erkenne die Unzulässigkeit jeder Fraktions- und Gruppenbildung an.

Ich bin vollständig mit der Generallinie und Taktik des ZK der KPdSU einverstanden und lehne die Auffassungen ab, wie sie vom Genossen Bucharin vertreten wurden.

Ich verpflichte mich, unter Führung des ZK und seiner Leitung den Kampf gegen alle opportunistischen Auffassungen innerhalb der Partei gegen die rechten Parteifeinde der Brandler-Organisation sowie gegen jede versöhnlerische Haltung ihnen gegenüber zu führen.

Meine Zustimmung zu den Beschlüssen der KJ und der KPD und die Verpflichtung, sie aktiv durchzuführen, bezieht sich auch auf die Politik der KJ in der Angelegenheit Wittorf.

Mit kommunistischen Gruß
gez. Arthur Ewert."

Längeren Ausführungen der „Roten Fahne" über diese Erklärung entnehmen wir u. a.:

Die ohne Erklärung des Führers der Versöhnlergruppe zieht einen Schlußstrich unter den Kampf, den die Gruppe des Genossen Ewert mehr als anderthalb Jahre hindurch gegen die Kommunistische Partei Deutschlands und die Kommunistische Internationale geführt hat. Die Bilanz, die sich dabei für die Versöhnlergruppe ergibt, ist vernichtend. Genosse Ewert selbst stellt fest, daß sich seine Auffassungen in allen grundsätzlichen Fragen als „falsch" und „unrichtig" erwiesen haben. Er stellt fest, daß die Einschätzung der geschichtlichen Entwicklung durch die Komintern und die KPD durch die Ergebnisse erhärtet und ihre Politik durch die praktischen Ergebnisse als richtig erwiesen wurde. In der Tat hat die Gruppe der Versöhnler mit ihrer Auffassung zu allen Fragen auf allen Gebieten einen vollständigen Schiffbruch erlitten.

Es ist klar, daß die Partei auf Grund der Erfahrungen, die sie mit diplomatischen Manövern verschiedener parteifeindlicher Gruppierungen, vor allem auch der Versöhnlergruppe selbst, zu wiederholten Malen machen mußte, die einfache Erklärung des Genossen Ewert keineswegs als eine ausreichende Garantie dafür annehmen kann, daß der Genosse Ewert tatsächlich seinen opportunistischen Standpunkt aufgegeben und den Weg zurück zur Partei gefunden habe. Die bloße papierene Erklärung eines Genossen, der so ernste Fehler begangen und der Partei so schweren Schaden zugefügt hat wie der Führer der Versöhnlergruppe, ist noch kein Beweis dafür, daß er wirklich mit seiner Vergangenheit gebrochen hat, und muß von der Partei mit Mißtrauen aufgenommen werden.

Die Stellungnahme des Genossen Ewert, das Eingeständnis des Bankrotts der Versöhnlergruppe, das Eingeständnis der Tatsache, daß die bolschewistische Führung der Partei in allen Fragen gegenüber den versöhnlerischen Abweichungen Recht behalten und die Partei vor den schweren Krisen gerettet hat, in die ein etwaiger Erfolg des Versöhnlertums die Partei zwangsläufig geführt haben würde, ist für die Arbeiterschaft ein Zeichen ihrer inneren bolschewistischen Festigkeit und Einheit, die jede Spekulation der Bourgeoisie und Sozialfaschisten auf Differenzen in den Reihen der revolutionären Bewegung zuschanden macht. Die Entschlossenheit, mit der die bolschewistische Partei des deutschen Proletariats ihren leninistischen Kurs gegen alle wankelmütigen Elemente in ihren eigenen Reihen in Vergangenheit und Zukunft verteidigt, ist ein Unterpfand dafür, daß die Kommunistische Partei ihrem Ziel und dem Klasseninteresse des Proletariats stets unverbrüchliche Treue bewahren wird. Gerade durch die bolschewistische Festigkeit, mit der die KPD in ihren eigenen Reihen Schwankungen und Schwächen überwindet, gewinnt sie sich ein Anrecht auf das feste Vertrauen der breitesten proletarischen Massen.

Erneute Entlassungen und Stillegungen

Die Firma Henschel u. Sohn in Kassel hat bei der Regierung Antrag auf Entlassung einiger hundert Arbeiter gestellt. Zur gleichen Zeit hat auch die Betriebsleitung der Faßfabrik Mang eine vorläufige Stillegungsanzeige erstattet. Diese Maßnahme hat den Zweck, die Belegschaft, die augenblicklich voll beschäftigt wird, zu jeder Zeit auf die Straße werfen zu können.

Die Papierfabrik Spoele bei Kassel, die bereits seit November vorigen Jahres mit noch vier Tage gearbeitet hat, ist am 20. Februar stillgelegt worden.

Im Ruhrgebiet sind neben den ständig eingelegten Feierschichten in der letzten Zeit erneut zahlreiche Kündigungen vorgenommen worden. In der letzten Zeit kamen auf der Zeche Wiesche 64, auf Rosenblumendelle 23, auf Kronprinz 11, den Klöcknerzechen 35, Beckerwerth 46, Präsident 56 Arbeiter zur Entlassung. Gleichzeitig hat die Verwaltung der „Gute Hoffnungs-Hütte" beim Regierungspräsidenten die Entlassung von rund 2000 Bergarbeitern beantragt. In Betracht kommen die Zechen Sterkrade, Osterfeld, Vondern, Jacobi und Hugo. Diese erneut anhaltende Welle der Massenentlassungen und Betriebsstillegungen muß den Betriebstätigen und erwerbslosen Arbeitern den ganzen Ernst der Lage vor Augen führen.

In gemeinsamer Front müssen Betriebstätige und Erwerbslose am 6. März aufmarschieren, um den Kampf gegen die Massenentlassungen und die Rationalisierungsmaßnahmen mit revolutionären Methoden und unter revolutionärer Führung aufzunehmen.